

# flüchtlingsrat hamburg

Offenes Plenum für antirassistische Arbeit

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Nernstweg 32-34, 3. Stock, 22765 Hamburg

Tel: (040) 43 15 87, Fax: (040) 430 44 90

[info@fluechtlingsrat-hamburg.de](mailto:info@fluechtlingsrat-hamburg.de)

[www.fluechtlingsrat-hamburg.de](http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de)

Bürozeiten: Di und Do 10.00 – 12.00 | 17.00 – 19.00

**AWO Landesverband Hamburg  
z.Hd. Herrn Wolfgang Kremson  
Rothenbaumchaussee 44**

**20148 Hamburg**

**Hamburg, den 26.07.04**

**Betreff: Konzeption einer Agentur für Freiwillige Flüchtlingsrückkehr – AWO Bremerhafen**

Sehr geehrter Herr Kremson,

dem Flüchtlingsrat Hamburg ist ein Papier der AWO Bremerhafen bekannt geworden, in dem es um die „Konzeption einer Agentur für Freiwillige Flüchtlingsrückkehr“ geht. Diese Agentur soll in Zusammenarbeit mit den Gliederungen der Arbeiterwohlfahrt, dem Bundesverband, dem Fachverband awo international e.V. und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) aufgebaut werden. Die AWO Bremerhafen bemüht sich ferner, weitere im Flüchtlingsbereich arbeitende Verbände und Organisation, u.a. bei Flüchtlingsrat Niedersachsen, einzubeziehen.

Die vorliegende Konzeption beschreibt ungeniert die Möglichkeiten einer „Rückkehrförderung“ für Flüchtlinge durch Transfer von Sozialleistungen, Medikamenten, medizinischem Gerät, Möbeln etc. in die Herkunftsländer. Neu und besonders schockierend ist, dass vor allem Traumatisierte, Kranke, Roma und andere Flüchtlinge, die aufgrund ihrer besonderen Situation Abschiebeschutz bekamen, zu einer „freiwilligen“ Rückkehr bewegt werden sollen. Dafür werden Kosten-Nutzen-Rechnungen aufgestellt und behauptet, gerade solche Flüchtlinge seien im Herkunftsland nicht nur viel billiger zu betreuen, sondern aufgrund ihrer Isolation in Deutschland dort auch besser aufgehoben. Abgesehen davon, dass ihre Unterstützung dort auf niedrigstem Niveau und lediglich für zwei Jahre vorgesehen ist, wird völlig außer Acht gelassen, dass gerade Traumatisierte ohne Gefährdung nicht in die Region zurückkehren können, wo sie traumatisiert wurden. Gutachten zeigen, dass gerade die Rückführung an den „Ort“ der Traumatisierung oftmals zu schweren Retraumatisierungen führt.

In Bremerhafen betreibt die AWO bereits seit 5 Jahren im Rahmen des sogenannten „Heimatgarten“-Projekts die Rückkehr von alten, behinderten und traumatisierten Flüchtlingen und in Berlin werden in der Ausländerbehörde Werbebriefe an Flüchtlinge verteilt. Die Rückführungen im Rahmen des „Heimatgarten“-Projekts waren zuerst auf Bosnien-Herzegowina beschränkt. Inzwischen gibt es aber, laut vorliegender Konzeption, Aktivitäten in allen Länder des westlichen Balkans (BiH, Serbien, Kroatien und Kosovo) und das, obwohl die Situation in diesen Ländern immer noch völlig desolat ist: instabile politische Verhältnisse, hohe Arbeitslosigkeit, völlig unzureichende medizinische Versorgung insbesondere im psychotherapeutischen Bereich, rassistische Ausschreitungen gegen Minderheiten usw. . Wie instabil die Lage auf dem Balkan ist zeigen u.a. die Ausschreitungen gegen Minderheiten im Frühjahr dieses Jahres im Kosovo. Wie schlecht es um die medizinische Versorgung und Sicherheit von psychisch Kranken in den Nachfolgeländern des ehemaligen Jugoslawien bestellt ist, wird u.a. aus den Berichten der New Yorker Organisation Mental Disability Rights International aus dem Jahren 2002/2003 mit dem Titel „Not on the Agenda: Human Rights of People with Mental Disabilities in Kosovo“ deutlich.

Die Aktivitäten der AWO Bremerhafen bzgl. der Rückführungen von Flüchtlingen können nur als voreilenden Gehorsam gegenüber dem Anliegen der Innenministerien und Ausländerbehörden verstanden werden, deren erklärtes Ziel es ist, möglichst alle Flüchtlinge in die Heimatländer zurückzuschieben. Die AWO schafft, in Zusammenarbeit mit der IOM, durch solche Projekte die Voraussetzung hierfür, wobei die Gefährdung von alten, kranken, behinderten, traumatisierten Flüchtlingen sowie von Minderheiten, billigend in Kauf genommen wird.

Solche Aktivitäten scheinen in direktem Zusammenhang mit der generellen Tendenz zu stehen, dass öffentliche Gelder fast nur noch für Rückkehrberatung vergeben werden und Beratungsstellen, die Flüchtlinge unterstützen, hier zu bleiben, die Förderung gekürzt oder gestrichen wird. Aktuelles Beispiel in Hamburg ist die drohende Schließung von „accept“, dem Behandlungszentrum für Kriegs- und Folteropfer (getragen von der „Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten“). Ihnen wurde am 9.6.04 von der Behörde für Soziales und Familie (BSF) mitgeteilt, dass zum 31.12.04 die Finanzierung des Behandlungszentrums eingestellt wird. Die AWO muss sich vorwerfen lassen, dass sie bei der Planung und Umsetzung derartiger Flüchtlingsrückprojekte Bestandssicherung auf Kosten der Sicherheit und Gesundheit von Flüchtlingen betreibt.

Der Flüchtlingsrat Hamburg protestiert hiergegen aufs Schärfste und wird bei allen Gelegenheiten auf die fatalen Konsequenzen einer solchen Vorgehensweise von Verbänden, Organisationen und Behörden hinweisen.

Wir fordern den Vorstand der AWO Hamburg auf, sich von der Arbeitsweise der AWO Bremerhafen und der vorgelegten „Konzeption einer Agentur für Freiwillige Flüchtlingsrückkehr“ zu distanzieren sowie sich deutlich bei den zuständigen Behörden gegen die Schließung des Behandlungszentrum für Kriegs- und Folteropfer „accept“ auszusprechen.

Wir möchten Sie und interessierte MitarbeiterInnen der AWO Hamburg ferner zu unserem nächsten Flüchtlingsratsplenum am 12. August 2004, 19:00 Uhr, in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, einladen, um mit Ihnen das vorliegende Konzept zu diskutieren.

Über eine Zusage würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Dr. Franz Forsmann